

„Venezuela in der Krise“

Das Land Venezuela

- 912 050 km² (etwa dreimal so groß wie Deutschland)
- Liegt im Norden an der Karibik, hat eine 2000 km lange Grenze im Westen mit Kolumbien, von 1800 km im Süden mit Brasilien und im Osten mit Guyana
- Hat 29 Millionen Einwohner, etwa 4 Millionen sind in den letzten Jahren ausgewandert
 - Lebenserwartung (2012): 74 Jahre
 - 31% haben weniger als 15 Jahre
 - 75% leben in den Städten
- Hauptstadt: Caracas
- Amtssprachen: spanisch, 31 Regionalsprachen
- BIP 2018 : 311 Milliarden \$
- Hauptressourcen : Öl, aber auch Gold und andere Mineralien. Venezuela verfügt über eines der größten Öl- und Gasvorkommen der Welt. Venezuela ist Mitglied der OPEC, die Organisation der Erdöl exportierenden Länder
- 96% sind Katholiken, 2% Protestanten

Zur Geschichte Venezuelas

- 1498 erreicht Christoph Kolumbus die Gegend um Venezuela, im Verlaufe seiner dritten Reise
- Spanien kolonisiert und verwaltet Venezuela während den drei folgenden Jahrhunderten
- 1811: Venezuela wird unabhängig: wichtige Rolle Simon Bolivars in der Befreiung von der Kolonialbesetzung durch Spanien, er führte Befreiungskriege in Kolumbien, Ecuador, Peru und Bolivien. Er ging in die Geschichte Venezuelas ein als großer Freiheitsheld. Hugo Chavez berief sich stets auf ihn und nannte seine «Revolution» die «bolivarianische».
- 1917 beginnt die Ölausbeutung und 1922 kommen die ersten Konzerne ins Land
- 1996 : Präsident Andrés Perez verstaatlicht die Ölproduktion und gründet die PDVSA (Petròleos de Venezuela SA)
- Gegen 1958 entwickelt sich das Land zu einer Demokratie, regelmäßige Wahlen finden statt : Die Führung wird abwechselnd von zwei Parteien übernommen: Die Acción Democrática, sozial-demokratische Tendenz, und die C.O.P.E.I. mit christlich-sozialer Tendenz

Entwicklung vor 1998

- 1989 : «Carazaco» : Vom IWF eingeforderte Austeritätsprogramme: Erhöhung der Preise für Transport usw. führen zu Massenprotesten, die unter Präsident Andrés Perez brutal niedergeschlagen werden
- Zahl der Toten wird auf 3000 geschätzt
- 1992: Ein von Hugo Chavez geleiteter Militäraufstand gegen Präsident Perez schlägt fehl. Chavez fordert Militär auf sich zu ergeben, mit dem berüchtigt gewordenen Zitat: «Wir müssen «im Moment» zurückstehen». Hugo Chavez wird eingekerkert, wird aber 1995 entlassen.

Hugo Chavez

- 1998 Hugo Chavez gewinnt die Präsidentschaftswahlen mit 56,6 % der Stimmen
- Lässt sofort eine neue Verfassung ausarbeiten

- 12. April 2002 : Staatsstreichversuch gegen Chavez durch Rechtskräfte und mit der Unterstützung der privaten Presse und den USA, wobei auch die National Endowment for Democracy Foundation eine nicht unwichtige Rolle übernahm;
- Pedro Carmona, Anführer der Arbeitgeberverbände wird zum «Interimspräsidenten» ausgerufen. Wird sofort von den USA und Spanien anerkannt;
- Chavez verschwindet während drei Tagen, bevor er die Macht wieder übernimmt mit der Unterstützung der Armee, die ihm treu bleibt, und der Masse der Bürger, die in Scharen auf die Straße ging und seine Rückkehr einforderte. Eine Stellungnahme der EU zu diesem Staatsstreich blieb aus
- 2002 : Streik der Leiter und Führungskräfte der Ölgesellschaft PDVSA. Die Produktion wird gestoppt. Chavez entlässt 17 000 Beamte; der Staat übernimmt die effektive Kontrolle der Ölgesellschaft
- 2004 : die Opposition sammelt Unterschriften für eine Petition, um über ein Referendum Chavez zurücktreten zu lassen. In diesem Referendum sagen 58% nein zum Abgang von Hugo Chavez
- 2006 : Chavez wird mit 62,9 % der Stimmen wiedergewählt
- 2007 : Chavez verliert ein Referendum zu einer Verfassungsreform, um seine erneute Wahl zu erlauben. Er verliert das Referendum mit 49 % der Stimmen
- 2012 : Chavez gewinnt die Präsidentschaftswahlen mit 56 % der Stimmen
- Am 5. März 2013 stirbt Hugo Chavez
-

Wichtigste Errungenschaften

- Die Ressourcen des Landes (vor allem das Öl) werden in den Dienst der Armutsbekämpfung gestellt
- Stop der neoliberalen Politik (Privatisierungen, Deregulierungen, freier Markt, zurückgezogene Rolle des Staates in der Wirtschaft...).
- Nationalisierung der strategischen Wirtschaftssektoren, vor allem des Erdöls. Wirtschaftlich gesehen bleibt Venezuela dennoch insgesamt marktorientiert
- Aufbau von Integrationsstrukturen in Lateinamerika
- Kampf gegen Imperialismus, Unterstützung der Selbstbestimmung der Völker, wie in Palästina
- Stärkung der Basisdemokratie
-

Der Kampf gegen die Armut

43,2 % des Haushaltes

- 123,7 Milliarden Dollar in 13 Jahren bereitgestellt
- 39,6 Milliarden allein in 2011
- Schaffung eines Netzes von Diensten « misiones» für Erziehung, Gesundheit und Wohnungswesen
- **Erziehung:** Abschaffung von Analphabetismus, wie durch UNESCO zertifiziert,
- Gratiserziehung auf allen Ebenen
- Erziehungshaushalt : 6% des BIP
- Zahl der eingeschulten Kinder wächst von 6 auf 13 Millionen, der Anteil der Teilnehmer am Sekundarunterricht von 53,6 auf 73,3 %, die Zahl der Uni-Studenten von 900 000 auf 2,3 Millionen und die der Professoren von 65 000 auf 350 000 -wird durch 5 multipliziert
- **Gesundheit:**
- Schaffung von 7 800 Gesundheitszentren
- 8000 Ärzte werden ausgebildet

- Die Kindersterblichkeit geht um die Hälfte zurück
- Gratis-Ernährungsprogramme für alle öffentlichen Schulen
- Grundernährung wird gefördert durch den Aufbau eines Netzes von MERCAL-Geschäften
- 18 000 kubanische Ärzte und Krankenschwestern helfen aus (im Gegenzug liefert Chavez billiges Öl an Kuba)
- führen Katarakt-Operationen für 1,5 Millionen Venezolaner durch

Wohnungsbau: 700 000 Sozialwohnungen werden gebaut und den Ärmsten gratis zur Verfügung gestellt

Sozialpolitik:

- Kürzung der Arbeitswoche von 44 auf 40 Stunden
- Zahl der Empfänger von Sozialleistungen, inklusive für Altersversorgung und auf Grund von Behinderung, steigt von 1,7 1998 auf 4,4 Millionen 2008; Mindestlohn wird mehrmals erhöht
- Zur Landwirtschaft: Eine Landreform verteilt Land an 300 000 Familien; dennoch 80% des bebaubaren Bodens bleibt im Besitz einer kleinen Klasse von reichen Grundbesitzern; drei Viertel der Bauern sind arm, verfügen über nur 6 % des Landes
- Förderung der Ernährungssouveränität
- Verbot von GVOs; Schaffung einer öffentlichen Saatgutbank
- Die Produktion steigt um 70 %, die Importe ebenso stark auf Grund einer steigenden Kaufkraft; dennoch gibt es gelegentlich Mängel an Zucker, Mehl und Öl.
- Bau von Straßen, Infrastrukturen, Eisenbahnen, Häfen, Dämmen, Gaz- und Ölleitungen
- Über die Initiative Petrocaribe liefert Venezuela Öl zu vorteilhaften Preisen an 18 Länder Zentralamerikas (Kuba, Nicaragua, El Salvador, Guatemala...) und Karibikinseln. Ebenso an ärmere Regionen der USA
- **Bilanz:** Der Armutsanteil fällt von 49% 1998 auf 27% 2012
- Die extreme Armut von 20,3 auf 7 %
 - Venezuela hat das niedrigste Niveau der Ungleichheiten in der ganzen Gegend (Gini-Koeffizient)
 - Chavez hat vor allem seinen ärmsten Mitbürgern ein Gefühl der Würde verliehen – keine Wohlfahrtspolitik

Außenbeziehungen

- Chavez sagte nein zur von Präsident Bush vorgeschlagenen Schaffung einer Freihandelszone der Amerikas (ALCA)
- 2008: Beteiligung an der Gründung des Vertrages zur Union der Staaten Südamerikas (UNASUR) durch 12 Staaten
- 2010 : Beteiligung an der Grundsteinlegung für die Gemeinschaft der Staaten Lateinamerikas und der Karibik (CELAC), ein politisches Forum, ohne Beteiligung der USA und Kanadas
- Venezuela beteiligte sich an der Errichtung der «Bolivarianischen Allianz für die Amerikas» zusammen mit Kuba, Ecuador, Bolivien, Nicaragua und 4 Inseln aus der Karibik, gegründet auf den Prinzipien der Solidarität, der Zusammenarbeit und der Gerechtigkeit

- Schaffung einer Südbank, unabhängig von der Weltbank und dem IWF
- Beitritt zum Merkosur, Ausschluss 2017

Ist Venezuela eine Demokratie ?

- 1999 gab das Land sich eine recht fortschrittliche Verfassung
- Chavez stellte sich 13 Mal einer Wahl, von denen er 12 gewonnen hat
- Unter rechtmäßigen Bedingungen, die von der UNO, der EU, der OEA und dem Jimmy Carter Center zertifiziert wurden
- Aussage Jimmy Carters: Venezuela hat eines der besten Wahlsysteme der Welt
- Ein Gesetz über soziale Wirtschaft und über die Bürgerbeteiligung wurde angenommen
- Massive Gründung von Kooperativen : deren Zahl steigt von 2000 im Jahr 2001 auf 70 000 2012 mit 1,2 Millionen Mitgliedern
- Dies in der Industrie, der Landwirtschaft, dem Handel, dem Transport usw.
- Partizipative Demokratie auf Gemeindeebene, wo 16 000 Gemeinderäte gegründet wurden
- Ausdrucksfreiheit: die Medien bleiben meist in privater Hand; nur 10 % der Funkstationen sind öffentliche, knapp 12 % der Fernsehstationen
- Die zwei größten Tageszeitungen – El Universal und El Nacional – sind privat und der Regierung gegenüber entschieden feindlich eingestellt
- Dennoch wurde Chavez während seines ganzen Lebens als Demagoge, als Autokrat wenn nicht sogar als Diktator von den westlichen, besonders von USA-Medien dargestellt und verteufelt

Die Schwächen des Systems, die auch unter Maduro weitergehen

- Starke Personalisierung der Macht
- Politisierung der Institutionen
- Korruption und Vetternwirtschaft
- Hohe Gewaltrate in den Städten – 16 000 Morde 2012
- Hohe Inflation
- Allzu starke, einseitige Abhängigkeit vom Öl, macht sich noch stärker unter Maduro bemerkbar
- Geringer Sinn für Nachhaltigkeit – 50 Liter Sprit für ein Euro
- Außenpolitik: vorbehaltlose Unterstützung für Gaddafi, Ahmadinejad, Lukaschenko und Assad

Venezuela unter Präsident Maduro

- Maduro wurde 2014 zum Präsidenten gewählt
- 2015 fanden Parlamentswahlen statt, die eindeutig von der Opposition gewonnen wurden
- Es kam zu einem Machtstreit zwischen dem neugewählten Parlament und dem Obersten Tribunal. Dieses hatte die rechtmäßige Wahl von drei Abgeordneten aberkannt, was der Opposition der 2/3 Mehrheit beraubte, die diese Entscheidung des Tribunals aber nicht anerkennen wollte. Darüber hinaus erklärte das Parlament seine Absicht, Maduro zu stürzen
- Der hieraus entstandene Zwist lähmte das normale Funktionieren des Parlamentes und des Staates
- Um aus diesem Streit herauszukommen, fasste Maduro Anfang 2017 den Beschluss, Wahlen zu einer verfassungsgebenden Vollversammlung einzuberufen. Dies auf der Basis von Artikel 348 der Verfassung, also völlig rechtmäßig. Diese fanden Ende Juli 2017 statt. Sie wurden zum größten Teil von Anhängern Maduros gewonnen, auch weil die Opposition eine Beteiligung an dieser «undemokratischen Operation»

- verweigerte und alles unternahm, um sie zu blockieren. Aber 8 Millionen nahmen an der Wahl teil. Die USA und die EU weigerten sich, die Gesetzmäßigkeit dieser Versammlung anzuerkennen. Artikel 349 der Verfassung gibt dieser Versammlung die Vollmacht gegenüber dem Präsidenten und dem Parlament.
- Als einer seiner Beschlüsse hat diese Vollversammlung die Generalstaatsanwältin Luisa Ortega abgesetzt. Sie hat das Land verlassen und übt weiter Kritik an dem für sie undemokratischen Regime Maduros.
 - Im Oktober fanden Regionalwahlen statt. Die Anhänger Maduros gewannen 19 der 23 frei gewordenen Gouverneursposten. An dieser Wahl haben sich einige der Oppositionsparteien beteiligt, die sich innerhalb eines «Tisches der demokratischen Einheit» (MUD) zusammengeschlossen hatten. Auch bei den im Dezember 2017 abgehaltenen Gemeindewahlen wurden mehr als 90 % der freigewordenen Bürgermeisterposten von der «chavistischen» Koalition gewonnen. 9 Millionen gingen zu den Wahlen, etwa 47% der Wahlberechtigten
 - April bis Juni 2017 : Die Opposition geht auf die Straße, fordert den Rücktritt Maduros. Gewaltige Straßenschlachten mit der Polizei kosten 125 Menschen das Leben, die nicht alle auf das Konto der Ordnungshüter gingen. Auch chavistische Anhänger wurden durch gewalttätige Privatmilizen die sogenannten «Guarimbas» getötet. Diese errichteten Barrikaden, warfen Molotov-Cocktails und Sprengstoffe, griffen Spitäler, Gesundheitszentren, Schulen, Busse und öffentliche Gebäude an, steckten sie in Brand oder zerstörten sie. All dies wurde von den meisten westlichen Medien verschwiegen.
 - Mai 2018 : Maduro wird mit 67,8 % der Stimmen zum Präsidenten wiedergewählt. Ihm folgte als zweitbestgewählter Henry Falcón, der 20,9% der Stimmen erhielt. Sechs Kandidaten stellten sich zu dieser Wahl, deren Gültigkeit von den westlichen Staaten aberkannt wurde. Über 9 Millionen Venezolaner beteiligten sich an dieser Wahl. 16 Parteien nahmen an diesem Wahlprozess teil. Das Wahlsystem war das gleiche, wie bei der Wahl zum Parlament 2015, das die Opposition gewann. Es gab 150 internationale Wahlbeobachter, für die die Wahlen «recht transparent waren und der nationalen und internationalen Gesetzgebung entsprachen». Keiner der Kandidaten stellte die Resultate in Frage.
 - Im Februar zuvor fanden in der Dominikanischen Republik Verhandlungen statt zwischen allen Parteien über die Wahlorganisation unter dem ehemaligen spanischen Premierminister Zapatero. Es kam zu einer Einigung, doch im letzten Moment, als Zweifel über einen Sieg der Opposition aufkamen, zogen sich drei Oppositionsparteien, unter Einfluss der USA, zurück, mit der Absicht, die Legitimität der Wahlen in Frage zu stellen. Was Zapatero bedauerte.
 - Anfang 2019: der neu eingesetzte Präsident der nationalen Vollversammlung Juan Guaidó wird von der Opposition als Interimspräsident eingesetzt und sofort von den USA anerkannt wie auch von einer Mehrheit der EU-Staaten, von Kanada und 11 konservativen Staaten Lateinamerikas, die sich in der sogenannten Lima-Gruppe vereint haben.
 - -Guaidós Versuch im Februar über eine aus Kolumbien eingeleitete sogenannte humanitäre Operation die Macht zu ergreifen scheitert, wie auch sein Bestreben im April von der Militärbasis La Carlota aus, die Unterstützung der Armee zum Machtumsturz zu gewinnen. Versuche, auch über Bestechung, Generäle zum Überlaufen anzulocken, schlugen fehl. Entscheidend ist, dass die Armee und ihre Führung treu an der Seite Maduros stehen blieben.
 - **Die Krise Venezuelas**
 - Venezuela erlebt eine tiefe politische, wirtschaftliche und soziale Krise, eingeleitet durch einen drastischen Zerfall des Ölpreises.
 - In vier Jahren ist das BSP um 40% gesunken

- Die Ölproduktion macht nur mehr 700 000 Fässer pro Tag aus gegenüber noch 2,3 Millionen 2015; mit dem Ergebnis, dass die Ölexporte von 85,6 Milliarden \$ 2013 auf 29,8 Milliarden 2018 zurückgingen
- Der Zentralbank Venezuelas zufolge lag die Inflation 2018 bei 130 000 % gegenüber nur 274 % 2016 und 863 % 2017. Gemäß dem IWF könnte sie 2019 200 000 % erreichen.
- Diese Krise ist die Folge mehrerer anderer, zum Teil schon bemerkter Schwächen des Systems: krasse Korruption, mangelnde Währungspolitik, die die Hyperinflation verursacht, ungenügende Bekämpfung von Fluchtkapital, Mitverantwortung für die absackende Ölproduktion, - die Öl- und Gasproduktion macht 95% der Exporte und 25% des BIP aus - und fehlende Diversifizierung der Wirtschaft, sture Weiterführung der Schuldentilgung statt Schuldenmoratorium
- Man schätzt, dass etwa 4 Millionen das Land verlassen haben, hauptsächlich über Kolumbien, etwa 5000 pro Tag
- Die Kindersterblichkeit ist wieder im Begriffe, zu steigen, gemäß der Caritas waren 2018 12% der Kinder stark unterernährt, das Gesundheitssystem hat sich dramatisch verschlechtert, ein Drittel der Ärzte sei ausgewandert
- Die Tötungsrate hat sich weiter erhöht
- Viele Medikamente, Lebensmittel und Hygieneartikel wurden zur Mangelware
- Was vielen Venezolaner hilft, trotz der Krise, einigermaßen über die Runden zu kommen ist das CLAP-System, ein Netz für «Verteilung und Produktion durch lokale Komitees». Zugang zu diesem System haben viele Familien, - nicht nur die Armen -, vorausgesetzt sie sind in einem offiziellen Register eingetragen. So erhalten sie jeden Monat eine Kiste mit Reis, Maismehl, Milchpulver, manchmal Bohnen oder eine Dose Thunfisch. Ein für viele lebenswichtiges System, denen es ganz einfach an Kaufkraft fehlt. Manche können auch von dem Geldtransfer profitieren, das ausgewanderte ihrer zurückgebliebenen Familie zukommen lassen. Und viele dieser Migranten lassen ihre Kleinkinder bei Großeltern oder Verwandten zurück. Insgesamt ist das Leben noch einfacher in Caracas als außerhalb der Hauptstadt. Schulen funktionieren nur teilweise, da viele Lehrer einfach fehlen, die sich einfach den Transportpreis für die U-Bahn nicht mehr leisten können. Mehr und mehr wird mit Dollars bezahlt. In Caracas leben mehrere Klassen mit unterschiedlichen Einkommen nebeneinander. In den reicheren Stadtvierteln sind Supermärkte gut versorgt, die Restaurants sind gut gefüllt.

Die US- und EU-Sanktionen

- Bereits Obama ließ Venezuela als eine Gefahr für die Sicherheit der USA erklären
- Dies wiederholte Donald Trump, der auch mehrmals eine militärische Intervention nicht ausschloss
- Die USA setzen sich eindeutig für einen Regimewechsel ein. Offiziell wollen sie sich für Freiheit und für die Demokratie einsetzen, doch kann man sich die Frage stellen, ob es den USA nicht hauptsächlich um den Zugang zu den reichen Öl- und Gasvorkommen geht?
- Die USA führen seit Jahren eine Medienkampagne gegen Venezuela, der sich viele westlichen Organe anschließen, u.a CNN, New York Times, BBC und viele andere. Was es schwierig macht, sich jeweilig ein objektives Bild über die Lage in Venezuela zu machen
- Dann verhängten die USA massive Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Venezuela, die mehrmals angehoben und verstärkt wurden. Sie tragen erheblich dazu bei, das Leben der Venezolaner zu verschlechtern
- Gemäß einer Studie von Mark Weisbrot und Jeffrey Sachs kosteten diese Sanktionen etwa 40 000 Menschen das Leben zwischen 2017 und 2018. Die Regierung Venezuelas schätzt die Gesamtverluste für die Wirtschaft auf 23,3 Milliarden \$ im Zeitraum August 2017 bis Dezember 2018. Hinzu kommen eingefrorene Aktiva, meist in den USA im Wert von 30 Milliarden. Die USA beschlagnahmten vor allem mehrere

- venezolanische Ölraffinerien und besonders auch Citgo, ein in den USA angesiedeltes venezolanisches Unternehmen, das für die Vermarktung des Öls Venezuelas in den USA verantwortlich war.
- Diese wirtschaftliche und finanzielle Blockade, die als Ziel hat, den Sturz des «Regimes» herbeizuführen stellt eine Verletzung des Völkerrechtes und der UNO-Charta dar.
 - In einem am 24. Januar 2019 veröffentlichtem Brief nahmen Noam Chomsky und 70 weitere Professoren, Filmmacher und Leiter der Zivilgesellschaft in den USA Stellung gegen die Intervention der Regierung in Venezuela. Für sie werden die Probleme, die sich aus der Politik Venezuelas ergeben, durch die Wirtschaftssanktionen der USA verschlimmert. Diese sind «illegal gemäß der Organisation der Staaten Amerikas und der UNO, wie auch nach amerikanischem Recht und anderen internationalen Verträgen». «Sie sind die Ursache für den dramatischen Rückfall der Ölproduktion und für den Tod vieler Venezolaner, die keinen Zugang mehr zu Medikamenten haben». Der Amerikaner Alfred de Zayas, früherer unabhängiger UNO-Berichterstatter für Menschenrechte, vertritt die Ansicht, dass diese Sanktionen «ein Verbrechen gegen die Menschheit» darstellen.
 - Die EU verhängte ein Waffenembargo gegen Venezuela, verbietet europäischen Gesellschaften elektronisches Überwachungsmaterial nach Venezuela zu liefern
 - Europäische Banken und Unternehmen beteiligen sich an diesen Sanktionen. So weigerte sich Air Iberia, Medikamente nach Venezuela zu fliegen, portugiesische und deutsche Banken, wie die deutsche Bank, weigerten sich Transaktionen zugunsten Venezuela durchzuführen, die Zentralbank Großbritanniens verweigerte die Überführung von venezolanischen Goldbarren, die bei ihr abgelegt waren, nach Venezuela
 - Venezuela genießt die Unterstützung Chinas, Russlands und anderer Länder wie Kubas oder der Türkei; in der «Lima-Gruppe» haben sich etwa 20 Staaten aus Lateinamerika und der Karibik zusammengeschlossen. Sie beteiligen sich an den Sanktionen und dem Boykott Venezuelas
 - Anfang Oktober 2019 veröffentlichte das UNO-Menschenrechtskommissariat unter der Leitung Michelle Bachelets, hohe UNO-Kommissarin für Menschenrechte einen Bericht, demzufolge in Venezuela seit 2016 18 000 außergerichtliche Hinrichtungen stattgefunden hätten. Auch Amnesty International und Human Rights Watch hatten in ihren Berichten Behauptungen über massive Hinrichtungen aufgestellt. Für diese Taten seien hauptsächlich Spezialeinheiten der Armee verantwortlich. Der französischen Zeitung «Le Monde» zufolge, ist diese Zahl übertrieben. Gemäß dieser Zeitung dürfte die Zahl dieser Hinrichtungen in Caracas für die ersten acht Monate 2019 eher bei 200 liegen.
 - Dieser unter Michelle Bachelet veröffentlichte Bericht konnte erstaunen, da sie erst im Juli zuvor Venezuela einen Besuch abstattete und mit Präsident Maduro zusammentraf. Die Regierung Maduros legte Protest gegen diesen Bericht ein und ließ der UNO-Kommissarin eine Reihe Verbesserungen zukommen. Dieser Bericht wurde bereits unter Bachelets Vorgänger ausgearbeitet, dem Jordanier Seid al-Husseini, der den USA nahestand und Venezuela gegenüber stets eine kritische Haltung einnahm. Diese außergerichtlichen Hinrichtungen sind nicht neu in Venezuela. Es gab sie schon vor der Machtübernahme von Hugo Chavez.
 - Der UNO-Menschenrechtsrat beauftragte letzten September eine Experten-Gruppe eine Untersuchung dieser Hinrichtungen und anderer Menschenrechtsverletzungen in Venezuela vorzunehmen, was die Regierung Maduros als eine «feindliche» Mission ansah.
 - Am 17. Oktober wurde Venezuela wieder in den Menschenrechtsrat gewählt

Letzte Entwicklungen

Das Mandat Juan Guaidòs als Präsident der Vollversammlung lief am 5. Januar dieses Jahres aus. An diesem Tag fand die Wahl eines neuen Präsidenten für die Nationalversammlung statt. Eine Mehrheit von 80 Oppositionspolitikern war nicht mehr bereit, das Mandat Guaidòs zu erneuern. So wurde ein neuer Präsident gewählt, in der Person von Luis Parra von der Oppositionspartei «Primero Justicia». Er erhielt 81 von 140 abgegebenen Stimmen.

Juan Guaidò nahm nicht an dieser Wahl teil, er hätte nicht die notwendige Mehrheit bekommen. Er wollte jedoch mit Genossen unbedingt ins Parlament eindringen, was ihm verweigert wurde. Er versuchte vergeblich, das Gitter zum Parlament zu übersteigen. Dieses Bild wurde von den Medien gefilmt und weltweit verbreitet. Daraufhin, ließ er sich in den Gebäulichkeiten von El Nacional, einer Oppositionszeitung von etwa 30 Parteiangehörigen und einer ungewissen Zahl Anhängern erneut zum Präsidenten der Vollversammlung wählen, und als Interimspräsident bestätigen, - rechtmäßig gesehen ein ziemlich zweifelhaftes Verfahren. Dennoch wurde er wieder von den USA, Kanada und der Lima-Gruppe in diesem Amt anerkannt. Demnach hätte Venezuela jetzt zwei Präsidenten der nationalen Vollversammlung. Wie dem auch sei, Guaidò genießt in Venezuela keine große Unterstützung mehr. Sein Ansehen wurde getrübt durch seine Unterstützung für die US-Sanktionen gegen sein Land und durch Korruptionsaffären.

Abschließend sei bemerkt, dass Venezuela jetzt Anfang 2020 kaum noch in den Schlagzeilen der Medien steht, dass die Lage sich einigermaßen zugunsten Maduros normalisiert hat, das Volk aber unter sehr schwierigen Lebensbedingungen zu leben und zu überleben hat. Dabei ist nicht zu vergessen, dass trotzdem noch immer ein bedeutender Teil der Venezolaner Vertrauen in ihren Präsidenten haben. Wie stark diese Unterstützung tatsächlich ist, könnte sich bei der nächsten Parlamentswahl herausstellen. Das Datum dieser Wahl wird im Verlaufe dieses Semesters vom Wahltribunal festgesetzt werden.

Besten Dank

Jean Feyder